

Das Stigma der Außenseiter

Im Verbund mit mächtigen Medien stigmatisierten die etablierten Parteien in den achtziger Jahren die Grünen. Heute erleben wir das Gleiche bei der Linken. Das ist das Ergebnis von Meinungsmache, sagt Albrecht Müller.

Wahlergebnisse, Koalitionen und innerparteiliche Entwicklungen nehmen wir vor allem als Folgen des Verhaltens von Parteipolitikern wahr, als Resultate ihrer Erfolge und Misserfolge, ihrer Leistungen und Fehlleistungen. Wenn es einer Partei bei Umfragen schlecht geht, suchen wir nach objektiven Gründen dafür. Und wenn das Ansehen des Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin und des Außenministers steigt, folgern wir daraus, dass dies ein Spiegelbild ihrer Leistung sein müsse. Dabei gilt gerade in Bezug auf das Ansehen von Parteien und der in den Parteien tätigen Spitzenpolitiker, dass der Einfluss von Meinungsmache extrem hoch ist. Meinungsmache beeinflusst das Ergebnis von Umfragen zur Parteipräferenz und zur Beliebtheit von Politikern, und sie beeinflusst die Chancen bei Wahlen. Meinungsmache beeinflusst aber auch die innere Willensbildung der Parteien sowohl in programmatischer und strategischer Hinsicht als auch bei der Personalauswahl. Und nicht zuletzt bestimmt Meinungsmache wesentlich, welche Koalitionsoptionen die Parteien haben.

Stigmatisierung der Grünen

Als die Grünen in den siebziger Jahren die politische Bühne betraten, wurden sie zunächst über Jahre hinweg systematisch stigmatisiert: von der Wirtschaft, vom größeren Teil der Parteienforscher, von den anderen Parteien und von mächtigen Medien. Erst mit der Bildung der rot-grünen Koalition mit Ministerpräsident **Holger Börner** in Hessen im Oktober 1985 lösten sich einige der weitverbreiteten Feindseligkeiten und Vorbehalte auf – aber den Grünen haftete bis zur Gründung der Bonner rot-grünen Koalition 1998 ein Makel an und in konservativen Kreisen noch lange darüber hinaus.

Sachlich begründet war die Feindseligkeit, mit der dieser neuen politischen Bewegung begegnet wurde, von Anfang an nicht. Die Gründung der Grünen war unter anderem eine Reaktion darauf, dass sich die SPD unter **Helmut Schmidt** in der Sache ein wenig und verbal massiv von der bereits Ende der sechziger Jahre begonnenen Umweltpolitik abwandte. Die Grü-

nen artikulierten diese wichtige Problematik und darüber hinaus einige Probleme der Friedens- und der Frauenpolitik und der vernachlässigten Integration von Zuwanderern. Sie dafür zu schelten oder gar zu mobben war sachlich nicht gerechtfertigt. Und doch ist das massiv betrieben worden. Die rechtskonservativen Kräfte im Land, Union und FDP, hatten ein durchschaubares Interesse an dieser

Diskriminierung: Damit war zumindest atmosphärisch dafür gesorgt, dass die Option der SPD, mit dieser neuen Gruppierung zu koalieren, blockiert war – bis zur ersten Durchbrechung dieser Blockade auf Landesebene in Hessen. Mit der Stigmatisierung der Grünen wirkten die Meinungsmacher zugleich voll hinein in die innere Willensbildung der SPD. Sie mobilisierten damit vor allem den rechten Teil der SPD, den sogenannten Seeheimer Kreis. Für den

waren die Grünen in jener Zeit ungefähr das gleiche Feindbild wie heute die Linkspartei. Auch damals schon stellten diese SPD-ler sich gewissermaßen in den Dienst der Strategie der rechtskonservativen Meinungsführer, die darauf aus waren, einen Teil des fortschrittlichen Wählerpotenzials auszuschalten und damit die Option der Sozialdemokratie für eine linke Mehrheit zu eliminieren.

Stigmatisierung der Linkspartei

Auch heute hat die Stigmatisierung einer politischen Gruppierung zur Folge, dass ihre Wählerinnen und Wähler und die gewählten Abgeordneten bei der Entscheidung über mögliche Koalitionen außen vor bleiben. Diesem Umstand verdankt **Roland Koch** die Fortdauer seiner Macht in Hessen. Und diesem Umstand „verdankt“ seine Gegenkandidatin **Andrea Ypsilanti**, dass sie in Hessen die rechnerisch mögliche Koalition aus SPD, Grünen und der Linken nicht bilden durfte. Aus neutraler Warte betrachtet, hat die Linke in Hessen keinesfalls so viel „verbrochen“ wie der weiterregierende Roland Koch. Er hat eine Welle der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen in Hessen zu verantworten, die Einführung von Studiengebühren, aggressive Agitation gegen Ausländer und junge Leute, ziemlich üble Wahlkämpfe und eine besondere Variante der Parteien-



Otto Schily, noch als Grüner, und Petra Kelly vor der Bundespressekonferenz

finanzierung: In seiner Zeit als Landesvorsitzender und Spitzenkandidat konnte die CDU auf Gelder zurückgreifen, die aus Schwarzgeldkonten stammten, jedoch zu Vermächtnissen jüdischer Emigranten umdeklariert wurden. Der mit Hilfe von Meinungsmache vollzogene Ausschluss der Wahlstimmen für die Linke aus der koalitionspolitischen Zählung hat Anfang 2009 zu einem Disput innerhalb der Grünen geführt, als die Spitzenkandidaten **Renate Künast** und **Jürgen Trittin** für eine Ampelkoalition auf Bundesebene und damit für die Zusammenarbeit der Grünen mit der FDP plädierten. Sie beriefen sich dabei auf „die Realität“, also auf die inzwischen üblich gewordene Nichtberücksichtigung der Linkspartei bei einer potenziellen Koalitionsbildung. Angesichts der eigenen Erfahrungen der Grünen mit stigmatisierender Meinungsmache ist das eine bemerkenswerte Linie, zumal die Grünen ansonsten großen Wert darauf legen, sich von der stark neoliberal geprägten modernen FDP zu unterscheiden.

Rechts oder links?

Meinungsmache raubt uns die Wahlmöglichkeit. In vielen westlichen Ländern existierten über lange Jahre grob gesprochen zwei politische Lager: eine eher konservative, wirtschaftsnahe Gruppierung und eine eher progressive, sozial orientierte linke. Die Hegemonie des rechtskonservativen wirtschaftsnahen Lagers hat in vielen Ländern dazu geführt, dass es keine handlungsfähige linke Alternative mehr gibt. Auch in Deutschland wird über die Auflösung des Rechts-Links-Schemas debattiert – eine Auflösung, die seltsamerweise oft als Fortschritt betrachtet wird –, und es gibt sogar eine Debatte über ein mögliches Ende der bisher größten Repräsentantin des linken Lagers, der Sozialdemokratie. Über den Niedergang der Sozialdemokratie zu schreiben macht keinen Spaß. Es würde mir nicht einmal dann Vergnügen bereiten, wenn ich ein politischer Gegner der Sozialdemokraten wäre. Denn alle Menschen, die verstanden haben, dass die Idee der Demokratie entscheidend darauf gründet, dass es Alternativen gibt, alle Menschen, die erkannt haben, dass Demokratie nur dann funktioniert, wenn die Herrschenden

wissen, dass sie kontrolliert werden und auf Zeit gewählt sind, müssen zwingend ein Interesse an einer Alternative zur herrschenden Macht haben. Wenn das Prinzip von Macht und Gegenmacht wegfällt, dann ist das Führungspersonal der machthabenden Gruppierung nahezu frei, zu tun, was es will. Genau in diese Situation kommen wir, wenn die Sozialdemokratie als

gewichtige Kraft und potenzielle Kanzlerpartei ausscheidet. Dabei hätte die große Mehrheit jener Menschen, die nicht zu der privilegierten Schicht unserer Gesellschaft gehören, ein besonders großes Interesse an einer linken mehrheitsfähigen Alternative zur neoliberal geprägten herrschenden Meinung und Gruppierung.

Zweierlei Maß

Es wäre an der Zeit für einen Pendelschlag der politischen Machtverteilung zugunsten solidarischer Lösungen und Regeln des Zusammenlebens und der sie repräsentierenden Kräfte. Aber diesen Pendelschlag gibt es nicht. Die Meinungsmache hat Schlagseite. Die Asymmetrie im Umgang mit den politischen Lagern ist offensichtlich. Die Union und ihre Repräsentanten, allen voran die Bundeskanzlerin und der Bundespräsident, sind über weite Strecken die Hätschelkinder der Meinungsmacher. Bei den Linken widerfährt diese Pflege nur jenen, die sich der rechtskonservativen Seite anpassen. Dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird, kann uns nicht gefallen, ganz unabhängig davon, ob unser Herz nun konservativ oder progressiv schlägt. Hätschelkinder sind nicht gezwungen, Leistung zu bringen.



Oskar Lafontaine (links) und Gregor Gysi vor der Bundespressekonferenz

Albrecht Müller

war Redenschreiber von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, Leiter der Planungsstelle im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, später Mitglied des Deutschen Bundestags. Heute arbeitet er als Publizist. Der Beitrag entstammt Müllers neuem Buch „Meinungsmache – Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen“, 2009 im Droemer Verlag erschienen.

